

*Es gilt das
gesprochene Wort*

Rede von Ministerpräsident a. D. Dr. Edmund Stoiber bei der 61. Winterkonferenz des Schweizerischen Gewerbeverbands am 14. Januar 2010 in Klosters zum Thema:

„Die Europäische Union – ein bürokratisches Monster?“

- Anrede –

Ich freue mich, dass die heutige Veranstaltung über die Herausforderungen und Perspektiven des Bürokratieabbaus in Europa einmal mehr ins Bewusstsein rückt, wie wichtig eine positive Entwicklung Europas für kleine und mittlere Unternehmen ist. Von den 20 Millionen Unternehmen in der EU sind allein 19,5 Millionen KMUs. Sie prägen die Wirtschaftsstruktur in vielen Mitgliedstaaten der EU wesentlich mit und schaffen überdurchschnittlich viele Arbeitsplätze. Auch in der Schweiz bilden die KMU mit 99,7 Prozent aller Unternehmungen das Rückgrat der Volkswirtschaft. Sie bilden rund 70 Prozent der Auszubildenden aus und tragen maßgeblich dazu bei, dass die Schweiz international konkurrenzfähig bleibt sowie dauerhafte Arbeitsplätze und bleibender Wohlstand geschaffen werden. Zwar ist die Schweiz nicht direkt durch europäische Regelungen betroffen, aber vieles was für die EU gilt lässt sich auch auf die Verhältnisse in

der Schweiz übertragen. Auch wenn die Schweiz im internationalen Vergleich bei der Frage der Belastung durch Regulierungen recht gut abschneidet, gibt es doch auch verständlicherweise genügend Arbeit, sei es bei e-Government-Lösungen, der Verringerung von Bewilligungsverfahren oder der Folgenabschätzung bei neuen Gesetzen. Der zuständige leitende Beamte im Staatssekretariat für Wirtschaftsfragen hat deshalb einmal sehr zutreffend gesagt: „Die administrative Entlastung der Unternehmen ist eine harte Knochenarbeit, der sich auch Kantone und Gemeinden nicht entziehen können“.

Viele Menschen haben sich gefragt, warum ich diese ehrenamtliche Aufgabe als Berater der Europäischen Kommission in Fragen des Bürokratieabbaus übernommen habe. Natürlich hat das Thema auch eine ökonomische Dimension, aber vor allem hat die Frage überbordender Bürokratie eine politische Dimension. In all meinen politischen Aufgaben und Ämtern, als Leiter der Staatskanzlei, Innenminister, vor allem aber natürlich als Bayerischer Ministerpräsident und als Vorsitzender der Christlich Sozialen Union, habe ich mich für Europa und für die Weiterentwicklung der europäischen Einigung engagiert. In der Tradition von

Adenauer, Strauß und Kohl habe ich mich stets für ein Europa eingesetzt, das dem Grundsatz der Subsidiarität, Transparenz und Bürgernähe verpflichtet ist. Hier entstand Handlungsbedarf, weil die europäische Rechtsetzung mit der Schaffung des europäischen Binnenmarktes immer wichtiger und enger wurde, die Unternehmen, insbesondere die KMUs, sich aber durch immer neue Regelungen zunehmend eingeengt und überfordert fühlen.

Diese wachsende Bedeutung Europas für die Rechtsetzung wird allerdings immer noch zu wenig wahrgenommen. Als Vorsitzender der Hochrangigen Gruppe zum EU-Bürokratieabbau habe ich einmal untersuchen lassen, wie viele Gesetze im materiellen Sinn heute ihren Ursprung in der EU haben. Das Ergebnis hat mich selbst überrascht: von 1998 bis 2004 sind in Deutschland rund 21.000 neue Vorschriften in Kraft getreten. Davon hatten nur 3.000, d. h. rd. 15 Prozent, ihren Ursprung in Berlin, aber 18.000, d. h. 85 Prozent, ihren Ursprung in Brüssel. Gleichwohl findet die politische Diskussion in den Mitgliedstaaten oft erst statt, wenn die Grundsatzentscheidungen in Brüssel schon längst getroffen sind. Und es gibt immer wieder Regelungen, die bei den betroffenen Un-

ternehmen und Bürgern keine Akzeptanz finden und für Unmut sorgen.

Um ein konkretes Beispiel aus unserer Praxis zu nennen: Die EU verlangt von Handwerksbetrieben bei Fahrten mit LKWs über 3,5 Tonnen, die eine Entfernung von 50 km überschreiten, den Einbau eines digitalen Tachographen, um die Einhaltung der Lenk- und Ruhezeiten kontrollieren zu können. Das kostet den Betrieb mit der Software rund 4000 Euro. Der Einbau ist selbst dann zwingend, wenn der Handwerker nur wenige Male im Jahr die Grenze von 50 km überschreitet. Bei Verstößen gegen die Tachographenpflicht drohen hohe Bußgelder. Viele Handwerksmeister sind empört und schimpfen dann gemeinsam mit den Lokalpolitikern auf „die Deppen in Brüssel“.

Diese Klagen über überbordende Bürokratie und Regulierungswut drohen das positive Bild der EU bei den Bürgern zu verdunkeln. Fragt man heute den Mann auf der Straße – sei es in Berlin, London, Paris oder München -, was er in erster Linie mit der EU verbindet, so sind dies nicht die unbestreitbaren Erfolge wie Frieden, Freiheit und Wohlstand, sondern Fehlentwicklungen wie mangelnde Transparenz und übermäßige Bürokratie.

Seit ich meine Aufgabe als Vorsitzender der Hochrangigen Gruppe zum EU-Bürokratieabbau übernommen habe, habe ich zahlreiche Zuschriften von Unternehmen und Verbänden sowie Bürgerinnen und Bürgern erhalten, in denen über die Regelungswut der Bürokraten geklagt wird und dies anhand konkreter Beispiele belegt wird. Die EU wird als bürokratisches Monster, als Moloch angesehen, mit undurchschaubaren Strukturen und Verfahren.

Laut EUROBAROMETER, einer Umfrage im Auftrag der EU-Kommission, verbinden 38 % der Befragten in Deutschland mit der EU vor allem Bürokratie. Und auch in Österreich, den Benelux-Staaten, Großbritannien und in Skandinavien sind die entsprechenden Werte vergleichbar hoch. Das heißt: Wer Europa bürgernäher machen will, der muss dem Problem der Bürokratie ernsthaft zu Leibe rücken und dabei spürbare Erfolge erzielen.

Allerdings ist das Verhalten der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen widersprüchlich: Auf der einen Seite wird zwar die Bürokratie beklagt: Auf der anderen Seite werden neue Regelungen zur Verbesserung des Lebens gerade zu eingefordert. Machen wir uns doch nichts vor:

Tausende Parlamentarier und Beamte in ganz Europa sind ständig damit beschäftigt, das Leben der Menschen mit immer neuen Regelungen zu verbessern. Und die Ziele, die wir damit verfolgen, sind ja in aller Regel auch richtig und ehrenwert.

Letztlich ist die eigentlich große Frage bei der Bürokratie das Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit. Zwar wird die Bürokratie beklagt, aber die Sicherheit hat hohe Konjunktur: Ich greife hier auf das anschauliche Beispiel zurück „Hosenträger, Gürtel und Sicherheitsnadeln“. Meine Überzeugung ist, dass wir das Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit zumindest etwas besser austarieren müssen. Dafür brauchen wir ein neues Denken in Europa, dafür brauchen wir auch ein Stück Mut zur Lücke.

Wie schwierig das ist, sieht man ganz aktuell wieder an den Diskussionen über die Chemikalien-Verordnung REACH. Einerseits setzt REACH internationale Sicherheits-Standards bei der Kontrolle von Chemikalien, weil die europäischen Standards moderner sind als die amerikanischen Standards. Selbst China hat in Helsinki, wo sich die Europäische Agentur für chemische Stoffe befindet, eine Vertretung zur Beobachtung eingerichtet.

Die Kehrseite der Medaille ist aber mehr Bürokratie, insbesondere für kleine Betriebe. So hat mir eine kleine bayerische Papierfabrik geschrieben, dass sie nun laufend Fragebögen von ihren Kunden erhält, die wissen wollen, ob die bei der Papierherstellung verwendeten Stoffe ordnungsgemäß registriert werden, um die Bestätigung zu haben, dass diese auch künftig verfügbar sind. Für einen kleinen Betrieb bedeutet dies alles einen erheblichen Mehraufwand, der ihm weder Umsatz- noch Produktivitätssteigerungen bringt, sondern in hohem Maße unwirtschaftlich ist.

Ein weiteres Beispiel ist die Feuerzeug-Verordnung, die die Kindersicherheit von Feuerzeugen gewährleisten will. Selbstverständlich wollen wir alle kindersichere Feuerzeuge. Aber das festgelegte Prüfverfahren ist viel zu kompliziert. Es sieht vor, dass 100 Kinder unter 51 Monaten an einen zentralen Prüfort reisen und dort unter pädagogischer Betreuung versuchen, das Feuerzeug anzubekommen. Gelingt dies weniger als 15 Kindern, gilt das Feuerzeug als kindersicher. In Europa gibt es zwei Prüfeinrichtungen, eine in Großbritannien und eine in Polen. In Polen ist es bisher noch nicht gelungen, die 100 Kinder für einen Test zusammenzubekommen.

Diese Beispiele zeigen, dass wir versuchen müssen, legitime Sicherheitsinteressen mit für Unternehmen praktikablen und möglichst wenig belastenden Methoden umzusetzen und hier einen vernünftigen Interessenausgleich zu finden. Das bedeutet in der Praxis: Bürokratieabbau ist das Bohren dicker Bretter.

Auf der anderen Seite erwarten die Bürgerinnen und Bürger greifbare Ergebnisse beim Bürokratieabbau. Geschieht hier nichts oder nicht viel, wird sich die Gleichgültigkeit der Menschen gegenüber Europa noch verstärken. Diese Einstellung untergräbt auf Dauer das Fundament der europäischen Einigung. Ich bin fest davon überzeugt, dass der Bürokratieabbau dazu beiträgt, die notwendige Akzeptanz der EU in der Bevölkerung wieder zu verbessern. Das ist auch das richtige Signal an die Bürgerinnen und Bürger „Wir haben verstanden!“ Das ist die politische Dimension des Bürokratieabbaus.

- Anrede -

Neben dieser politischen Dimension hat der Bürokratieabbau natürlich auch eine gewichtige wirtschaftliche Dimension.

Man muss kein Prophet sein, um vorherzusagen, dass die Bedeutung Europas im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts weiter wachsen wird. Europa umfasst heute 27 Staaten und fast 500 Millionen Menschen in einem gemeinsamen Binnenmarkt, mit einer gemeinsamen Währung und in einem Raum ohne Grenzen. Von diesem großen Wirtschaftsraum können alle profitieren. Er ist attraktiv für diejenigen, die in diesem Wirtschaftsraum leben und arbeiten, weil jeder in der EU einen größeren Markt hat als die einzelne Nation. Und dieser Wirtschaftsraum ist natürlich hoch attraktiv für Investitionen von außen, weil jeder, der in Europa investiert, in einen gemeinsamen Markt mit 500 Millionen Menschen investiert. Deswegen ist es auch kein Wunder und auch keine Überraschung, dass der Euro dabei ist, gleichberechtigt an der Seite des Dollar als Leitwährung auf der Welt zu stehen und wer weiß, vielleicht in den nächsten Jahrzeh-

ten auch die neue Leitwährung auf der Welt zu werden.

Aus dieser Attraktivität Europas entsteht natürlich auch eine Verantwortung Europas, nicht nur für sich selber, sondern für die ganze Welt. Europa kann und darf nicht auf Dauer als geographischer Riese, aber als politischer Zwerg gelten. Hier stehen wir vor zentralen Weichenstellungen für unsere Zukunft. Hier muss Europa sein ganzes politisches Gewicht einbringen, um sich im Globalisierungsprozess behaupten und diesen aktiv mitgestalten zu können. Ich möchte deshalb noch einmal nachdrücklich betonen: Zu Europa und zum europäischen Einigungsprozess gibt es für mich keine Alternative. In den 50 Jahren seit den Römischen Verträgen hat die Europäische Union Frieden und Wohlstand geschaffen, heute ist sie wegen der Globalisierung unverzichtbar. Das bedeutet: Wenn es die Europäische Union nicht schon gäbe, müsste sie erfunden werden!

Nur mit dem global player Europa können wir mit unserem Wertegerüst gegenüber anderen großen, aufstrebenden Wirtschaftsräumen wie China, Indien, Russland bis hin zu Brasilien bestehen. Deshalb war es auch richtig, dass sich die EU im Jahr

2000 mit der sogenannten Lissabon-Strategie das Ziel gesetzt hat, bis 2010 der weltweit wettbewerbsfähigste und dynamischste Wirtschaftsraum zu werden. Allerdings muss sich die EU jetzt eingestehen, dass sie dieses Ziel nicht erreicht hat – im Vergleich zu den USA ist der Abstand eher größer geworden. Während gegenwärtig die spanische Ratspräsidentschaft mit untauglichen planwirtschaftlichen Vorgaben für verpflichtende Konjunkturprogramme das Wirtschaftswachstum in der EU ankurbeln will, sollte das enorme Potential des Bürokratieabbaus noch stärker als bisher ausgeschöpft werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaft zu verbessern.

Die EU hat bereits 2007 ein Aktionsprogramm zum Bürokratieabbau als einen Beitrag für ein wirtschaftlich stärkeres Europa beschlossen. Dabei soll nicht das Ziel der Regelung in Frage gestellt werden, sondern unnötiger Verwaltungsaufwand für Unternehmen abgebaut werden. Die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten wollen so bis 2012 eine Senkung der Bürokratiekosten um 25 Prozent erreichen. Dies würde nach seriösen Berechnungen einen Wachstumsschub in Europa von 1,5 Prozent geben. Das wirtschaftliche Potential eines Bürokratieabbaus von 25 Prozent wird mit

150 Milliarden Euro berechnet (Einsparungen auf europäischer und nationaler Ebene sowie Rentabilitätsgewinne).

Von einem externen Beraterkonsortium (Deloitte, Capgemini, Ramboll) wurden die durch europäische Informationspflichten verursachten Bürokratiekosten in 13 vorrangigen Gebieten (u. a. Landwirtschaft, Bilanzwesen und Unternehmensrecht, Regionalpolitik, Umwelt, Finanzdienstleistungen, Öffentliches Auftragswesen, Statistik, Umsatzsteuerrecht und Verkehr) gemessen und erste Vereinfachungsvorschläge gesammelt.

Es wurden 42 Rechtsakte der EU untersucht, die insgesamt 344 europäische Informationspflichten enthalten und mehr als 6000 nationale Umsetzungsregeln. In der ganzen Europäischen Union wurden Unternehmen befragt, um den zeitlichen und finanziellen Aufwand zu ermitteln, der bei der Erfüllung von Informationspflichten entsteht. Um nur drei Beispiele zu nennen:

- Die Unternehmen geben etwa an, dass sie mehr als fünf Stunden bei jeder Ausschreibung mit der Sammlung und Übermittlung von ganz einfachen Daten verbringen müssen, sogar

wenn die Ausschreibung von derselben Stelle durchgeführt wird und die Daten damit schon vorliegen.

- Es wurde herausgefunden, dass LKW-Fahrer ihre Fahrzeiten in manchen Mitgliedstaaten zweimal und auf verschiedene Art und Weise aufzeichnen müssen, je nachdem ob es sich um die nationale oder die EU-Vorschrift handelt.
- Oder dass in einem Mitgliedstaat Unternehmen die Benützung gefährlicher Substanzen bei sa-ge und schreibe 6 verschiedenen Behörden anzeigen müssen.

Die Messungen der Bürokratiekosten durch das Konsortium waren eine wichtige Vorarbeit für die High Level Group. Sie zeigen, wie teuer einzelne Vorschriften für Unternehmen sind. Damit bekommen diese sozusagen ein Preisschild. Die Messungen zeigen auch, dass KMUs von Bürokratiekosten besonders stark betroffen sind. Während bei Großunternehmen nur rd. 2 Prozent des Umsatzes für Bürokratiekosten aufgewendet werden müssen, sind dies bei KMUs bis zu 10 Prozent des Umsatzes. Dies unterstreicht, wie

wichtig der Bürokratieabbau gerade für den Mittelstand ist.

Die EU-Kommission geht insgesamt von Bürokratiekosten durch europäische und nationale Vorschriften in Höhe von rund 360 Mrd. Euro aus. Davon entfallen rund die Hälfte auf nationale Regelungen der Mitgliedstaaten. Auch diese sind deshalb gefordert, den Bürokratieabbau zu forcieren. Die Niederlande, Deutschland, Großbritannien und die skandinavischen Länder sind hier schon relativ weit. Gleichwohl bedarf es in zahlreichen Mitgliedstaaten weiterer Anstrengungen, um ähnlich erfolgreich zu sein wie die europäische Ebene.

Unsere Gruppe hat im September 2009 nach gut eineinhalbjähriger intensiver Arbeit über 260 Einsparvorschläge mit einem Volumen von rund 41 Mrd. Euro vorgelegt. Ich habe Präsident Barroso und Vizepräsident Verheugen diese Vorschläge am 18. September 2009 übergeben. Es ist ein großes Signal für den Bürokratieabbau in Europa, dass sich Präsident Barroso in einer seiner ersten Amtshandlungen nach seiner Wiederwahl dem Bürokratieabbau widmet. Das Signal lautet: Der Präsident der Europäischen Kommission nimmt die ökonomischen und politischen Chancen des Büro-

kratieabbaus sehr ernst und macht sie zu einer Priorität seiner zweiten Amtszeit. Ich möchte hier Präsident Barroso und dem scheidenden Vizepräsident Verheugen ein großes Kompliment machen: Sie haben den Bürokratieabbau in Brüssel auf die politische Tagesordnung gesetzt. Und ich kann nach gut eineinhalb Jahren ehrenamtlicher Arbeit in Brüssel feststellen: Es gibt bereits ein neues Denken, einen Mentalitätswandel. Kommissare, Kommissarinnen und Administration sehen nicht mehr wie in der Vergangenheit allein das ehrenwerte politische Ziel eines neuen Vorhabens, sondern auch die möglichen negativen Nebenwirkungen. Dieses neue Denken muss auch der Maßstab für die Zukunft sein für ein bürgernahes Europa mit hoher Akzeptanz.

Ich bin mit dem Entlastungspaket, das wir vorgelegt haben, sehr zufrieden. Die Kommission will diese Vorschläge umsetzen und kann damit ihr Ziel erreichen, 25 Prozent der Bürokratiekosten für die 20 Millionen Betriebe in Europa einzusparen. Diese Entlastung ist das einzige Konjunkturprogramm, das den Staat und den Steuerzahler keinen Cent kostet.

Die Kommission hat schon eine ganze Reihe von Vorschlägen frühzeitig aufgegriffen und die Umsetzung eingeleitet:

- Heute verlangen die Bilanzierungsvorschriften der EU von jedem noch so kleinen Unternehmen eine EU-Handelsbilanz und eine Rechnungsprüfung. Wir haben vorgeschlagen, dies für Unternehmen mit bis zu 10 Mitarbeitern und einem Umsatz von weniger als 1 Mio. Euro sowie einer Bilanzsumme von weniger als 500.000 Euro abzuschaffen. Denn diese Betriebe sind zum ganz überwiegenden Teil nicht grenzüberschreitend tätig. Dadurch würde jeder Betrieb im Durchschnitt 1.200 Euro jährlich einsparen. Die Kommission hat diesen Vorschlag mit einem Entlastungsvolumen von 6,3 Mrd. Euro Ende Februar 2009 förmlich angenommen.
- Wenn die elektronische Rechnung bei der Erhebung der Mehrwertsteuer vom Finanzamt genauso wie eine Rechnung in Papierform anerkannt würde, könnten die Betriebe beim Ausstellen der rund 40 Mrd. Rechnungen im Jahr europaweit 18 Mrd. Euro einsparen, da der Aufwand deutlich verringert würde. Die Kommission hat diesen Vorschlag mit einem Entlas-

tungsvolumen von 18 Mrd. Euro Ende Januar 2009 förmlich angenommen.

- Und ich freue mich, dass nach einem Gespräch mit Verkehrskommissar Tajani die Kommission jetzt eine Ausweitung der Ausnahmeregelung auf 100 km angekündigt hat. Damit würden rund 70 % der betroffenen Handwerksbetriebe nicht unter die Tachographenpflicht fallen. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung, allerdings sollte die Ausnahme mindestens einen Radius von 150 Kilometern umfassen, wie vom ZDH vorgeschlagen worden war. Dieser Vorschlag wurde am 13. Mai 2009 in Prag mit dem 1. Preis des von der HLG initiierten europaweiten Wettbewerbs zum EU-Bürokratieabbau ausgezeichnet.

Weitere wichtige Vorschläge haben wir im Öffentlichen Auftragswesen und im Arbeitsrecht gemacht:

- So sollen vollständige Angebotsunterlagen nur noch von dem Bieter eingereicht werden müssen, der auch den Zuschlag erhält. Bei durchschnittlich 5 Bietern pro Auftrag würde dies erhebliche Einsparungen bedeuten.

- Im Arbeitsrecht haben wir vorgeschlagen, für Betriebe bis 10 Mitarbeiter auf eine schriftliche Risikoeinschätzung zu verzichten.

Ich habe bei unserer Arbeit eine klare Strategie verfolgt:

- Erstens: Facharbeit in unserer ehrenamtlichen Gruppe.
- Zweitens: intensiver Kontakt mit Betrieben und Wirtschaftsverbänden über die einzelnen Vorschläge.
- Drittens habe ich die wesentlichen Vorschläge persönlich den zuständigen Kommissaren erläutert. Und es ist mir dabei schon gelungen, das eine oder andere Mal auch ein bisschen Eis zu brechen und eine gewisse Scheu vor Veränderungen in Zustimmung umzuwandeln.

Jetzt liegt der Ball vor allem im Feld von Europa-Parlament und Rat. 2009 war allerdings bestimmt durch die Neuwahl des Europäischen Parlaments und das Ende der Amtszeit der Kommission. Deshalb ist dort bisher wenig vorangegangen. Außerdem dauern die europäischen Entscheidungsver-

fahren sehr lange. Hier ist eine Beschleunigung bei Vorschlägen zum Bürokratieabbau dringend erforderlich. Ich habe dafür zum Beispiel die Einrichtung eines eigenen Ausschusses für Bürokratieabbau im neuen Parlament angeregt, um die Konzentration neben vielen wichtigen Fachinteressen auch ganz speziell auf die Perspektive des Bürokratieabbaus zu lenken. Ich begrüße, dass es bereits konkrete Überlegungen gibt, eine fraktionsübergreifende Intergroup als Vorstufe eines solchen Ausschusses für Bürokratieabbau zu gründen.

Denn meine Erfahrung ist, dass sehr häufig die Fachpolitiker, also Experten für einen ganz bestimmten Politikbereich – in bester Absicht – immer neue Regelungen erarbeiten. Aber die Nebenwirkungen spielen bei einer solchen fachzielorientierten Politik oft keine wesentliche Rolle. Und wenn in der allgemeinen Debatte das Kostenargument angewandt wird, dann hat der Fachpolitiker oft das vermeintlich bessere Argument für sich. Dann geht es oft sehr schnell um Leben oder Tod! Das ist die tiefe Ursache des bekannten Phänomens, dass in Sonntagsreden im Grunde alle für weniger Bürokratie eintreten. Ab Montag dann, also bei der Umsetzung, gibt es aber immer viele, viele Gründe,

weshalb bestimmte Vorschriften fachlich unbedingt notwendig sind.

Nur so kann ich mir auch erklären, dass der Wirtschaftsausschuss des EP im Oktober 2009 den Vorschlag zum Wegfall der EU-Handelsbilanz für Mikrounternehmen mehrheitlich abgelehnt hat, obwohl das Plenum des EP im vergangenen Dezember mit über 90 %-er Zustimmung die Kommission aufgefordert hat, einen solchen Vorschlag vorzulegen.

Aber auch die Regierungen sind aufgerufen, ihren Worten Taten folgen zu lassen. Bei meinen Gesprächen in zahlreichen Mitgliedstaaten, zuletzt mit dem luxemburgischen Premierminister und Vorsitzenden der Euro-Gruppe Jean-Claude Juncker, habe ich mich nachdrücklich für eine rasche Umsetzung unserer Vorschläge eingesetzt. Die politischen Bekenntnisse zum Bürokratieabbau müssen auch auf der Arbeitsebene im Alltag ankommen und umgesetzt werden!

- Anrede –

Da der Bürokratieabbau eine Daueraufgabe ist, wird es Sie nicht überraschen, wenn ich Ihnen als

Ausblick sage, dass unsere Arbeit, die ursprünglich im August 2010 enden sollte, fortgesetzt wird. Ich habe mich am 18. September 2009 auf Bitte von Präsident Barroso grundsätzlich bereit erklärt, meine Aufgabe um zwei Jahre bis 2012 zu verlängern. Präsident Barroso möchte auch das Mandat der Gruppe ausweiten und hat vorgeschlagen, dass ich verstärkt auf die Mitgliedstaaten zugehe, und mich dort für die Vorschläge der Kommission und ihre rasche Umsetzung sowie für die Anwendung bereits bestehender Ausnahmen für KMUs einsetze und ihm darüber berichte.

Ich habe Präsident Barroso empfohlen, nach dem Vorbild Deutschlands, der Niederlande und Schwedens das Modell einer unabhängigen Beratung bei Bürokratiekosten auf europäische Ebene zu übertragen. Denn bei meiner ehrenamtlichen Arbeit habe ich vor allem eine Erkenntnis gewonnen: Wenn man dauerhaft bürokratische Belastungen minimieren will, dann muss die Bürokratie insgesamt unter die Lupe genommen werden, nicht nur die bestehende Bürokratie, sondern auch die bürokratischen Folgen neuer gesetzlicher Regelungen, die man in Brüssel vorbereitet. Nur wenn man hier ein Frühwarnsystem installiert, kann man den Bürgern und Betrieben glaubwürdig

zeigen, dass man wirklich unter dem Strich zu weniger Bürokratie kommen will. Denn was nützt die ganze Mühe um den Abbau bestehender Vorschriften, wenn gleichzeitig eine Fülle neuer Vorgaben wieder dazu kommt. Dabei geht es in keinem Fall um eine inhaltliche Kontrolle der Ziele der europäischen Politik - über die, wie auf nationaler Ebene die jeweilige Regierung, auf europäischer Ebene die Kommission zu befinden hat -, sondern ausschließlich um eine Beratung zu den damit verbundenen bürokratischen Belastungen.

Wir werden als High-Level-Group weitere Initiativen starten. Das wirtschaftliche Potential beim Bürokratieabbau ist noch längst nicht ausgereizt. Das neue Denken nach dem Motto „Weniger ist mehr“ hat gerade erst begonnen. Wenn jedes Unternehmen seine Kostenstruktur auf den Prüfstand stellen muss, dann muss auch die EU die von ihr verursachten Kosten konsequent reduzieren.

Insgesamt gilt: Europa muss die großen Fragen regeln und nicht die kleinen. Hier muss dringend die Balance wiederhergestellt werden. Denn eines ist doch ganz offensichtlich: In den großen Fragen,

wie etwa den Finanzströmen, bestehen zu wenig staatliche Leitplanken. Aber wir dürfen das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Die notwendige Regelung großer Fragen darf nicht generell zu einer Renaissance stärkerer Regulierungen führen, sondern im Gegenteil müssen Bürger und Wirtschaft mehr Freiheit in den vielen Fragen des täglichen Lebens und Wirtschaftens bekommen. Hier muss dringend die Balance wiederhergestellt werden. Das muss künftig der Maßstab sein, nach dem alle Vorschriften und Regelungen abgecheckt werden.